



Inselgemeinde
Langeoog

Niederschrift

über die

**Öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits-, Umwelt- und
Landschaftsausschusses**
der Inselgemeinde Langeoog
am Montag, 12. Februar 2024
im Rathaus Sitzungszimmer

NULA/2024/001

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr
Beginn der nicht öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend waren:

Stimmberechtigt: Ratsmitglied

Kraus, Bärbel

Stimmberechtigt: Gemeinderatsmitglied

Spies, Gerda

Stimmberechtigt: Ratsmitglied

Janssen, Jan Martin

Peters, Daniela

Peters, Till Martin

Recktenwald, Michael

Stimmberechtigt: Ratsvorsitzender

Agena, Gerrit

Allgemeiner Vertreter

Heimes, Ralf

Bürgermeisterin

Horn, Heike

Gemeinderatsmitglied

Garrels, Uwe

Mühlinghaus, Ines

Schmidt, Rüdiger

Protokollführer / Sachbearbeiter

Wirdemann, Martin

Fehlend:

Abteilungsleiter ARA

Sjuts, Marc

TOP 01 Eröffnung der Sitzung**Sachvortrag:**

Vorsitzende Kraus begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 02 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**Sachvortrag:**

Vorsitzende Kraus stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 03 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**Sachvortrag:**

Vorsitzende Kraus erkundigt sich über ihre Anfrage vom 17. Januar bezüglich der kommunalen Wärmeplanung und bittet dies noch in dieser Sitzung zu besprechen, da der nächste Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss erst im nächsten Jahr sei.

TOP 04 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschusses vom 21.02.2023**Sachvortrag:**

Vorsitzende Kraus weist darauf hin, es sei beschlossen worden, dass Niederschriften eines Ausschusses, der nur ein oder wenige Male im Jahr tagt, wie im diesem Fall, bereits in einer darauffolgenden Ratssitzung genehmigt werden könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes bestätigt, dies sei damals in der Geschäftsordnung so angepasst und in diesem Fall nicht bedacht worden.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits-, Umwelt und Landschaftsausschusses vom 21.02.2023 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits-, Umwelt und Landschaftsausschusses vom 21.02.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	7

TOP 05 Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**Sachvortrag:**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 06 Energiebericht Jahr 2022 der Inselgemeinde Langeoog**Sachvortrag:**

Vorsitzende Kraus verliest den Sachvortrag.

Der Energiebericht für 2022 liege vor. Da erstmalig die Daten erfasst sind, liegen noch keine Vergleichswerte vor. Die einzelnen Werte müssen immer in Bezug auf die Quadratmeter und die Nutzung betrachtet werden. Erst nach der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung sei eine gebäudescharfe Betrachtung sinnvoll und möglich.

Vorsitzende Kraus erläutert, sie habe damit wissen wollen, welche Energiesparmaßnahmen bereits jetzt prioritär umgesetzt werden sollen, um diese in der nächsten Haushaltsplanung mit einzustellen, auch im Hinblick auf einen zukünftigen Klimaschutzmanager.

Weiterhin beantragt sie die Veröffentlichung der Energieberichte für eine bessere Transparenz. Dies müsse im Rat beschlossen werden. Daher möchte sie den Beschlussvorschlag entsprechend ändern.

Bürgermeisterin Horn erklärt, es sei wünschenswert den Energiebericht jährlich zu veröffentlichen, vorbehaltlich, dass Personal zur Verfügung stehe, um dies zu bearbeiten. Dies sei die Aufgabe eines Klimaschutzmanagers. Die Zusage für die Förderung liege aber noch nicht vor.

Vorsitzende Kraus bedankt sich für die Ausarbeitung des Energieberichts und weist darauf hin, dass laut Klimaschutzgesetz die Erstellung eine kommunale Pflichtaufgabe sei.

Beschluss:

Der Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss nimmt die Informationen einmütig zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Daten, soweit eine Bearbeitung jeweils möglich ist, jährlich zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	7

TOP 07	Förderung Klimaschutzmanager:in nach Abschluss Haushaltsberatungen am 2.2.2024
---------------	--

Sachvortrag:

Ratsherr Recktenwald erkundigt sich nach der Förderzusage.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, die Kommune habe noch keine Förderzusage aus Berlin erhalten. Aktuell dürfe noch keine Bewilligung ausgesprochen werden.

Vorsitzende Kraus verliest eine Veröffentlichung der nationalen Klimaschutzinitiative in der stehe, dass das Bundesministerium für Wirtschaft- und Klimaschutz (BMWK) die Antrags- und Bewilligungspause aufgehoben habe, die zentral für alle BMWK Förderprogramme im Klima- und Transformationsfond verhängt worden ist. Die Antrags- und Bewilligungspause sei nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 erforderlich. Es gelten die jeweiligen Förderbestimmungen. Außerdem können bereits vorliegende Anträge nach Maßgabe der vorläufigen Haushaltsführung bewilligt werden. Formal fehle jetzt noch die Bewilligung des Bundesrates.

Bürgermeisterin Horn wirft ein, dies müsse der Rat entscheiden. Für die Verwaltung sei die Zusage und Bestätigung der Zukunft- Umwelt-Gesellschaft Berlin maßgeblich.

Vorsitzende Kraus fragt, ob der Interessent für die Stelle des Klimaschutzmanagers auch zu Mitte März anfangen könne.

Bürgermeisterin Horn weist darauf hin, dass die Zukunft- Umwelt-Gesellschaft darum bitte, immer zum ersten Tage eines Monats einzustellen. Sie habe zudem keine Informationsquelle die besagt, dass die Einstellung eines Klimaschutzmanagers 200.000€ mitbringe.

Vorsitzende Kraus berichtet, ihr sei dies so versichert worden.

Allgemeiner Vertreter Heimes unterstreicht, dass die Förderzusage noch nicht da sei. Ob der Klimaschutzmanager trotzdem eingestellt werden soll, müsse der Verwaltungsausschuss entscheiden. Die Verwaltung brauche einen klaren Auftrag, da der Bewilligungsbescheid noch nicht vorliege.

Stv. Vorsitzender Janssen gibt zur Kenntnis, der Bewilligungsbescheid müsse vorliegen, da es sich um die 75 prozentige Förderung des Klimaschutzmanagers handle. Werde die Förderung letztendlich versagt, sei dies ein großer Kostenfaktor für die Gemeinde.

Bürgermeisterin Horn erklärt, sollte der Klimaschutzmanager vor der Bewilligung der Fördergelder eingestellt werden, würden die anfallenden Kosten durch die Förderung zu einem späteren Zeitpunkt erstattet werden. Wichtig sei, dass die Förderung überhaupt gesichert sei.

Ratsherr Recktenwald erklärt, hätte er nicht die Versicherung der Förderzusage durch Vorsitzende Kraus, würde er gegen die Einstellung des Klimaschutzmanagers stimmen. So spreche er sich dafür aus, um den Prozess nicht weiter zu verschieben.

Bürgermeisterin Horn berichtet von dem geeigneten Interessenten für die Stelle des Klimaschutzmanagers. Würde der Prozess weiter verzögert fürchtet sie, dass dieser einen anderen Job annehmen werde.

Vorsitzende Kraus versichert erneut, sie habe von verschiedenen Personen aus dem Bundestag die Bestätigung, dass die Förderung bewilligt werde und schlägt vor, den Bewerber zu fragen, ob er auch mit einer Einstellung zum 01.04.24 einverstanden sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes wirft ein, der Zeitpunkt sei zunächst irrelevant. Wichtig sei, dass eine Entscheidung getroffen werde, damit der Bewerber überhaupt eine Zusage bekommen könne.

Bürgermeisterin Horn erklärt, das Risiko, dass die Förderung doch nicht zugesagt werde, schätze sie als gering ein. Zudem sei der Zeitpunkt unerheblich. Die Personalkosten würden erstattet werden, sollte die Förderung erst nach der Einstellung des Klimaschutzmanagers erfolgen.

Beschluss:

Der Nachhaltigkeits-, - Umwelt und Landschaftsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis. Der Ausschuss befürwortet die Einstellung auch vor Erstellung des Bewilligungsbescheides zum 01.03.2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1
Anwesende Mitglieder:	7

TOP 08 Kommunale Wärmeplanung

Sachvortrag:

Ratsherr Recktenwald spricht sich für den Beschlussvorschlag aus.

Bürgermeisterin Horn erklärt, der Landkreis habe Fördergelder erhalten, um grundsätzlich in das Thema „Kommunale Wärmeplanung“ einzusteigen. Das jetzige Vorhaben werde erneut mit Fördergeldern unterstützt. Die Kommunen haben beschlossen, dies aus Kostengründen gemeinsam anzugehen. Sie weist darauf hin, dass das Wärmeplanungsgesetz ein Bundesgesetz sei, das die Länder in die Pflicht nehme. Außerdem müsse auch auf die Unterschiede zwischen Kommunen und

privaten Häuserbauern geachtet werden. Dies sei letztendlich die Aufgabe eines Klimaschutzmanagers und des Bauamtes.

Stv. Vorsitzender Janssen übernimmt die Sitzungsleitung.

Vorsitzende Kraus erklärt, laut Bundesgesetz müsse die Wärmeplanung für alle Kommunen bis zum spätestens 30.06.2028 gefertigt werden mit Ausnahme von Gemeinden, die nicht ober oder Mittelzentren sind. Diese müssen die Wärmeplanung schon bis zum 30.06.2026 gefertigt haben. Drei Jahre nach Vorliegen der Wärmeplanung müsse jede neu eingebaute Heizung in Bestandsgebäuden zu 65% mit erneuerbaren Energien betrieben werden, was die Bürger zunächst verunsichern könne. Sie bittet daher, die Wärmeplanung angemessen auszuarbeiten.

Bürgermeisterin Horn entgegnet, die 65% erneuerbarer Energien gelte nur für Neubauten in Neubaugebieten und zitiert aus dem Gebäudeenergiegesetz. Sie weist darauf hin, dass die Wärmeplanung mit den Energieversorgern zusammen ausgearbeitet werden müsse und führt dazu Informationen über die Rechtsverbindlichkeit aus. Die Ausweisung im Wärmeplan sei rein informell und es gebe keine rechtlichen Auswirkungen oder einklagbaren Rechte und Pflichten. Erst durch die gesonderte Ausweisung durch einen Ratsbeschluss werden die Ergebnisse der Wärmeplanung rechtskräftig. Hiervon sei man allerdings noch weit entfernt. Ihrer Information nach müsse eine Wärmeplanung bis spätestens zum 31.12.2031 erstellt und im Anschluss alle fünf Jahre erstellt und veröffentlicht werden.

Vorsitzende Kraus entgegnet, ihre Informationen habe Sie aus der gleichen Quelle. Sie schlägt vor, die Informationen auszutauschen und noch einmal in Hannover überprüfen zu lassen.

Bürgermeisterin Horn führt aus, es werde bereits in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und anderen Inseln geschaut, was mit den Fördergeldern alles gemacht werden könne und was bis 2045 möglich sei.

Ratsherr Garrels schlägt vor, die Liegenschaften festzulegen, die die größten Energieverbräuche haben und verweist dabei auf das Schwimmbad. Auch die Privatleute seien angehalten sich zu engagieren.

Ratsherr Recktenwald stimmt den Ausführungen von Ratsherr Garrels zu. Er ergänzt, es scheitere an der Verfügbarkeit von Rohstoffen, Wärmepumpen und Fachkräften.

Bürgermeisterin Horn stimmt dem zu. Es müsse zunächst geprüft werden, was überhaupt möglich sei.

Vorsitzende Kraus verliest aus der Vorlage „Das Land Niedersachsen wird die Vorgaben des Bundes in einer nächsten Novelle des NKlimaG in Landrecht überführen“ und weist darauf hin, dass dies bereits im Dezember passiert sei und fragt, ob eine neue Novellierung anstehe.

Bürgermeisterin Horn verneint dies und verweist auf die Auskünfte aus Hannover, dass dies nicht relevant sei für das Vorhabend der Inselgemeinde.

Vorsitzende Kraus informiert, Klimaschutzminister Christian Meyer habe am 11.12.2023 die Novellierung des NKlimaG veröffentlicht, in der alle wesentliche Eckpunkte zum Klimaschutz genannt werden. In einigen Punkten werde der kommunale Klimaschutz zur Pflichtabgabe, wie z.B. die Erstellung des Energieberichtes.

Beschluss:

Der Nachhaltigkeits- und Unterausschuss nimmt das Vorgehen zur Kenntnis und wird über Ergebnisse und das weitere Vorgehen durch den einzustellenden Klimaschutzmanager informiert.

TOP 09 Planungen von Offshore-Netzanbindungssystemen zur Windader West
Bericht der Bürgermeisterin von der online Konferenz mit Amprion / Tennet und beteiligten Akteuren**Sachvortrag:**

Bürgermeisterin Horn berichtet von der Online-Konferenz mit dem ArL, TenneT und Amprion. Es ging Unter Anderem nochmal um die nicht erneut durchgeführte Raumverträglichkeitsprüfung. Auch die Nationalparkbehörde habe sich für eine neue Prüfung ausgesprochen, zumal es sich inzwischen um 39 Bohrungen handele. Auch die Bauzeiten seien Thema gewesen, die 13-15 Jahre laufen sollen.

Ratsherr Janssen verweist auch auf die Vogelbrutzeiten während der Bauzeiten. Er vermutet der Eingriff werde schwerwiegende Folgen für die langeooger Natur und die Süßwasserlinse haben.

Vorsitzende Kraus wirft ein, sie hoffe auf das Gutachten für die mögliche Beeinträchtigung der Süßwasserlinse. Sie missbilligt, dass nur für mögliche 8 Netzanbindungen geprüft werde und nicht für die tatsächlichen 13, was das Prüfungsergebnis ihres Erachtens für Langeoog unbrauchbar mache. Der erste Entwurf des Landesraumordnungsprogramms solle nach der Sommerpause kommen, welches vom Rat genehmigt werden müsse.

Ratsvorsitzender Agena ergänzt, er habe die Bedenken, dass sich durch die Erwärmung der Süßwasserlinse durch die Netzanbindungen auch die Dichte des Wassers verändere und sich somit mit Salzwasser vermischen könne. Dies würde eine Süßwasserversorgung vom Festland zur Folge haben.

Beschluss:

Der Nachhaltigkeits- und Umweltausschuss nimmt den Energiebericht zur Kenntnis.

TOP 10 Aktueller Stand nach dem Gerichtstermin am 25.1.24 zu den Erdgasbohrungen vor Borkum**Sachvortrag:**

Bürgermeisterin Horn berichtet, die Erdgasbohrungen vor Borkum sei auch Thema beim insularen Erfahrungsaustausch gewesen. Nun müsse das Ergebnis abgewartet werden.

Ratssitzender Janssen äußert seine Sorgen zu möglichen Erdbeben in der Nordsee. Aus diesem Grund seien Erdgasförderungen vor Groningen bereits beendet worden.

Vorsitzende Kraus berichtet, die Umweltpolitische Sprecherin Meta Janssen habe außerdem ihre Bedenken zur Einhaltung der Grenzwerte von Schwefeldioxid und Stickstoff, im Hinblick auf die Erdgasförderung vor Borkum, in Den Haag vorgetragen. Sie unterstreicht die Folgen der Stickstoffemissionen auf das Weltnaturerbe Wattenmeer, sowie auf die Natur der Inseln und Küste.

Bürgermeisterin Horn ergänzt, ein ganz entscheidender Punkt sei der mögliche Verlust des Kurheilbad- und Thalassostatus, für das eine gewisse Luftqualität nachzuweisen ist.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	0

TOP 11 Anträge und Anfragen**Sachvortrag:**

1. Ratsherr Rechtenwald fragt, ob der Energieverbrauch des Schwimmbades, wie im Energiebericht zu entnehmen, zu hoch sei oder ob es Vergleichswerte gebe.

Ratsherr Garrels erklärt, das Schwimmbad befinde sich laut der Grafik unterhalb der Werte im Energiebericht, im Mittelfeld. Absolut gesehen habe man dort trotzdem die meisten Kosten.

TOP 12 Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten**Sachvortrag:**

1. Bürgermeisterin Horn berichtet, aus organisatorischen Gründen müsse die konstituierende Sitzung des Kindes- und Jugendbeirates um einen Tag verschoben werden.
 2. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass der Tourismusausschuss in den März verschoben werden müsse, da noch dringender Beratungsbedarf bestehe.
 3. Bürgermeisterin Horn gibt zur Kenntnis, die TANO plane eine Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen, in der es um Fachkräftegewinnung gehe. Auch Gastronomen und Einzelhändler können hieran teilnehmen. Hierfür wird am 22.02.2024 gesondert eingeladen.
-

TOP 13 Einwohnerfragestunde**Sachvortrag:**Olaf Hube

Herr Hube fragt, was die Schifffahrt gegen die aktuell häufigen Schiffsausfälle unternehmen wird.

Bürgermeisterin Horn erklärt, witterungs- und tidebedingte Schiffsausfälle können nicht beeinflusst werden. Es werde versucht, die Fahrinne erneut auszubaggern, dies liege aber nicht im Ermessen der Verwaltung. Des Weiteren werde darüber beraten, neue Schiffe anzuschaffen, die weniger Tiefgang aber auch weniger Gästekapazität aufweisen. Auf technische Probleme der Schiffe könne ebenfalls kein Einfluss genommen werden. Sie unterstreicht, dass die Mitarbeiter ihr Bestes tun.

Herr Hube berichtet, früher habe es bei Ausfall eines Schiffes, alternativ zu einem späteren Zeitpunkt nochmal eine Fahrt gegeben.

Bürgermeisterin Horn entgegnet, dies könne personelle Gründe haben.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt, zuletzt habe es eine Verschiebung einer Fahrt gegeben und verweist ebenfalls auf die Verantwortung den Mitarbeitern gegenüber sowie auf die Sicherheit aller Passagiere.

Ratsherr Recktenwald erklärt, die Arbeitszeit darf nicht länger als 10 Stunden betragen. Die Mitarbeiter der Schifffahrt arbeiten in der Hauptsaison teilweise bis zu 12 Stunden.

TOP 14 Schließung der Sitzung**Sachvortrag:**

Schließung der Sitzung: 21.18 Uhr

Für die Richtigkeit:

Heike Horn
Bürgermeisterin

Bärbel Kraus
Ratsmitglied

Franziska Schwede
Schriftführung